



Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer

Öffentliche Anhörung im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages am 17. Mai 2010

Deutschland ist nicht nur in der Europäischen Union, sondern auch in der Welt ein einflussreicher wirtschaftlicher und politischer Akteur geworden. Viele Faktoren haben dazu beigetragen, dass Deutschland seit dem 2. Weltkrieg zum langjährigen Exportweltmeister wurde. Dabei haben wir - angefangen vom Marshall-Plan bis zum Fall der Mauer - internationale Solidarität und Unterstützung erfahren. Deutschland hat die Globalisierung und die Öffnung der Grenzen und Märkte im Norden und im Süden zu seinem Vorteil nutzen können. Im Jahr 2008 war gut die Hälfte des Bruttoinlandproduktes der Exportwirtschaft zuzuschreiben.

Gerade in Krisenzeiten steht Deutschland auch wegen der starken internationalen Orientierung in der Verantwortung gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft. Dabei handelt es sich nicht nur um die Verantwortung, finanzielle Beiträge zu internationalen Organisationen zu leisten oder Bürgschaften für Kredite befreundeter Staaten zu übernehmen, sondern es handelt sich um politische Verantwortung für eine gerechte und friedliche Welt, die auch für nachkommende Generationen lebenswert bleibt. Deutschland hat sich entsprechend verpflichtet, u.a. die Millenniumsentwicklungsziele (MDG), die von 189 Staaten der Welt verabschiedet wurden, bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

Durch die Finanzkrise in 2008/2009 und den dadurch verursachten Einbruch vieler Wirtschaftssektoren in den Entwicklungsländern gibt es erhebliche Rückschritte auf dem Weg zur Erreichung der MDG. Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, d.h. über weniger als 1,25 US \$ tägliches Einkommen verfügen, ist auf 1,3 Mrd. Menschen angestiegen. Der Anteil der sogenannten Working Poor mit weniger als zwei US \$ Einkommen pro Tag ist noch größer geworden. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) spricht von 2,7 Mrd. Menschen. Das Verfehlen des ersten Millenniumsziels, den Anteil armer Menschen bis 2015 zu halbieren, hat auch auf die Erreichung der anderen Ziele im Bildungs- und Gesundheitswesen verheerende Auswirkungen.

Diese Auswirkungen der Finanzkrise müssen bei der Diskussion um die Beteiligung derjenigen, die die Krise zu verantworten haben, und bei der Debatte um die Prävention neuer Krisen berücksichtigt werden. Die Verursacher zu beteiligen und die Lasten gerecht zu verteilen, ist eine Frage der internationalen sozialen Gerechtigkeit. Bisher haben vor allem die Bürger und Bürgerinnen ihren Anteil geleistet. Mit Steuermitteln wurden Banken gerettet, Bürgschaften übernommen und Konjunkturprogramme mitgetragen.

Aber es kann nicht nur um die Stabilisierung des heimischen Finanzmarktes und die Verminderung der Risiken für Deutschland gehen. Es geht auch nicht nur um die Rettung der Eurozone, damit die EU auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt. Es geht vielmehr um die Übernahme von Verantwortung für das wachsende Leid der Benachteiligten im Globalen Süden. Wirtschaftliche und staatliche Ordnung in Deutschland und der EU sind auf Prinzipien der Solidarität und der Menschenrechte aufgebaut und damit christlichen und humanitären Grundwerten verpflichtet. Als Kirchen sprechen wir von der Option

für die Armen. Deshalb muss uns die Not der Müllsammlerin in Indien, die durch sinkende Nachfrage nach recycelten Rohstoffen Einkommenseinbrüche erleidet, ebenso betreffen wie die Verzweiflung des Kupferminenarbeiters in Sambia, der arbeitslos geworden ist. Die Armen sind weit davon entfernt, Aktien zu erwerben, die zur privaten sozialen Absicherung beitragen könnten. Aber unser Wohlstand beruht auch auf der Nutzung der aus diesen Ländern stammenden Ressourcen, Rohstoffen und Dienstleistungen. Der Wohlstand und die Entwicklungschancen der Menschen dort hängen von stabilen Volkswirtschaften ab.

Studien der ILO zeigen, dass es der Regelung von Finanzmärkten bedarf, um der Realwirtschaft Raum zur Entfaltung von Beschäftigung zu geben. Dies gilt für die wirtschaftsstarken Länder ebenso wie für Länder, in denen Beschäftigungsförderung Voraussetzung für die Armutsbekämpfung ist. Die Finanzwirtschaft muss sich in den Dienst der Realwirtschaft stellen und nicht umgekehrt. Das zeigte sich schon bei der Schuldenkrise der Entwicklungsländer und der Asienkrise Ende der 90' er Jahre.

Armutsbekämpfung braucht finanzielle Ressourcen. Nationale und internationale Entwicklungspolitik sind angewiesen auf eine ausreichende Finanzierung und daher abhängig von der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Seit 2005, dem Jahr der Verabschiedung des ODA Stufenplans der EU durch die Bundesregierung, dem Jahr des G8 Gipfels in Gleneagles und der Pariser UN-Konferenz „Solidarität und Globalisierung“ werden neue Finanzierungsquellen für Armutsbekämpfung und Entwicklung intensiv diskutiert. Die Finanztransaktionssteuer und ihre Spielarten der Umsetzung waren und sind eine echte Option. Mit der Kampagne „Steuer gegen Armut“ fordert die GKKE, einen signifikanten Teil der Erträge aus dieser Steuer für die weltweite Armutsbekämpfung zur Verfügung zu stellen.

Die GKKE hat sich seit ihrer Erklärung zum Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln ‚Globalisierung der Solidarität‘ für die Stabilisierung internationaler Finanzmärkte ausgesprochen. Sie hat die Einführung einer Devisentransaktionssteuer befürwortet, um Unruhen auf den Finanzmärkten und deren negative Auswirkungen auf das Wechselkurssystem zu vermeiden. Auch wurden Vorschläge für ein Internationales Insolvenzrecht vorgelegt. Beides - sowohl die Regulierung von Finanzmärkten als auch ein Insolvenzverfahren – sind mit der Finanz- und Wirtschaftskrise und der dramatischen Verschuldung Griechenlands heute notwendiger geworden denn je!

Niemand wird leugnen, dass transparente und geregelte Finanzmärkte die Voraussetzung für eine leistungsstarke und nachhaltige Wirtschaft sind. Niemand kann ebenso wenig leugnen, dass erfolgreiche Armutsbekämpfung mit nachhaltigem Wirtschaften und ausreichender Finanzierung einhergehen muss. Die GKKE fordert Bundestag und Bundesregierung auf, dieser Erkenntnis zu folgen und die Voraussetzungen für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu schaffen. Zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 kann durch die so generierten Finanzmittel ein großer, vielleicht sogar ein entscheidender Beitrag geleistet werden.

Bonn/Berlin, 11. Mai 2010